

A11 Berlin: Gut funktionierend & gerecht finanziert

Antragsteller*in: Maya Richter, Jan Snoor Andersen, Tjado Stemmermann,
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Berliner Verwaltung: serviceorientiert und digital

2 Termine beim Bürgeramt oder digitale Anträge? Da ist in Berlin noch Luft nach
3 oben. Eine gut funktionierende Verwaltung ist das Fundament einer
4 funktionierenden Stadt. Viele Bürger*innen wissen nicht, dass sie Anspruch auf
5 bestimmte staatliche Leistungen haben oder verlieren sich im
6 Verwaltungsdschungel. Wir wollen, dass aus einer Hol-Schuld der Bürger*innen
7 eine Bring-Schuld des Landes wird. Wer Anspruch auf Unterstützung hat, soll
8 darüber proaktiv informiert werden. Damit die Information auch bei allen
9 ankommt, braucht es mehrsprachige Informationsangebote, die auch leichte Sprache
10 umfassen. Damit der Weg zum Bürgeramt keine Hürde darstellt, sollen auch alle
11 Angebote, bei denen es umsetzbar ist, digital erledigt werden können. Das
12 bedeutet nicht, dass alle Bürgerämter abgeschafft werden sollen: die
13 Ansprechbarkeit des Landes muss zeitnah auch vor Ort gewährleistet werden.

14 Und die Verwaltung muss effizienter werden: Mit Once-Only und der
15 Registermodernisierung soll Schluss damit sein, dass Bürger*innen immer wieder
16 dieselben Dokumente einreichen müssen. Behörden müssen vorhandene Daten
17 datenschutzkonform selbst abrufen können – statt Bürokratie-Hürden braucht es
18 einen reibungslosen Service. Zudem setzen wir uns für eine breitere Verwendung
19 des Prinzips der Genehmigungsfiktion ein. Bleibt ein Antrag zu lange
20 unbearbeitet, gilt er automatisch als genehmigt. Das schafft Planungssicherheit
21 für Bürger*innen und Unternehmen und entlastet gleichzeitig die Verwaltung.

22 Public Money, Public Code! Die Berliner Verwaltung muss konsequent auf
23 quelloffene Software setzt. Das bedeutet, dass der gesamte Quellcode öffentlich
24 zugänglich ist, sodass unabhängige Expert*innen ihn überprüfen, optimieren und
25 weiterentwickeln können. Diese Transparenz erhöht die Sicherheit, senkt
26 langfristig die Kosten und reduziert die Abhängigkeit von großen,
27 undurchsichtigen IT-Unternehmen. So legen wir den Grundstein für eine moderne,
28 demokratisch kontrollierte und zukunftsfähige Verwaltung.

29 Zusätzlich setzen wir auf den gezielten Ausbau von InHouse-Entwicklung, um
30 lokales IT-Know-how aufzubauen und, sofern notwendig, maßgeschneiderte Lösungen
31 zu schaffen, die den spezifischen Bedürfnissen Berlins gerecht werden. Dabei
32 legen wir besonderen Wert auf die Nachnutzung bestehender Open-Source-Lösungen,
33 um Ressourcen effizient zu nutzen und Synergien mit anderen Kommunen und
34 Bundesländern zu schaffen. Unser Ziel ist es, nicht nur eigenständige Lösungen
35 zu entwickeln, sondern auch aktiv zur Verbesserung und Verbreitung einer
36 leistungsfähigen, bundesweiten Softwareinfrastruktur beizutragen. Um diesen
37 Innovationsprozess nachhaltig zu fördern, fordern wir, dass Mitarbeitende in
38 Behörden einen Teil ihrer Arbeitszeit für die Weiterentwicklung
39 quelloffener Software und IT-Pakete einplanen dürfen. Dies stärkt nicht nur die
40 digitale Souveränität, sondern ermöglicht auch eine flexible und kontinuierliche
41 Anpassung an neue Herausforderungen.

42 Zudem soll in jedem Berliner Bezirk ein Digital Hub etabliert werden. Diese
43 Zentren sollen mit qualifizierten Digitalhelfende niederschwellige Beratungen,
44 Workshops und Schulungen anbieten - von Smartphone-Kursen für Senioren bis hin
45 zu Programmier-AGs für Jugendliche. Ergänzend dazu sollen Digitale
46 Quartiersmanager den konkreten Bedarf vor Ort ermitteln und lokale
47 Unterstützungsangebote koordinieren. So stellen wir sicher, dass gerade auch
48 sozial benachteiligte Gruppen nicht vom digitalen Fortschritt ausgeschlossen
49 werden, sondern aktiv am digitalen Leben teilhaben können.

50 Berlin muss als progressiver Vorreiter in Sachen Smart City agieren. Wir fordern
51 den flächendeckenden Ausbau moderner (öffentlicher) Glasfaser- und WLAN-
52 Infrastrukturen - insbesondere in strukturschwachen Stadtteilen. Öffentliche
53 Einrichtungen und Gebäude sollen mit intelligenten Energiemanagementsystemen
54 ausgestattet werden, um Energieverbrauch und Kosten zu senken.

55 Berliner Bezirke: selbstbewusst und solide finanziert!

56 Für eine funktionierende Verwaltung müssen auch die Berliner Bezirke
57 funktionieren. Das bedeutet, dass die Bezirke endlich auskömmlich finanziert
58 werden. Hierzu gehört auch eine Überarbeitung der aktuellen
59 Budgetierungssystematik, an dessen Ende mindestens die vollständige Übernahme
60 aller Kosten stehen, die durch Bundes- und Landesrecht entstehen und die in den
61 Bezirke nicht gesteuert werden können. Darüber hinaus brauchen die Bezirke
62 finanziellen Spielraum, um im Rahmen ihres demokratischen Mandats eigene
63 Schwerpunkte setzen zu können.

64 Um den demokratischen Stellenwert der Bezirke zu stärken, braucht es ein
65 Initiativrecht des Rats der Bürgermeister*innen gegenüber dem Abgeordnetenhaus.
66 Die Demokratie in den Bezirken soll durch die Einführung eines "politischen
67 Bezirksamtes" gestärkt werden. So werden die politischen Verantwortlichkeiten
68 transparenter. Gleichzeitig soll das Mindestalter für Mitglieder des
69 Bezirksamtes auf das Wahlalter des passiven Wahlrechts abgesenkt werden.

70 Berliner Haushalt: Ressourcen ausweiten & fair verteilen!

71 Zur Finanzierung der Aufgaben des Landes Berlin – auch mit Blick auf den
72 Klimaschutz – sollen alle Möglichkeiten zur Kreditfinanzierung oder andere
73 Finanzierungswege wie Nachhaltigkeitsanleihen ausgenutzt werden. Klimaschutz und
74 funktionierende Infrastruktur dürfen nicht am fehlenden Geld scheitern. Hierzu
75 sollte auch eine Anpassung der Schuldenbremse unter den bundesrechtlichen
76 Möglichkeiten angestrebt werden. Um die Ausgaben des Landes Berlin unter
77 verschiedenen Gesichtspunkten beurteilen zu können, fordern wir eine Fortführung
78 des Gender Budgeting, sowie die Einführung von Klima- und Youth Budgeting. Damit
79 schaffen wir mehr Transparenz über die notwendigen Ausgaben für die Zukunft von
80 uns und unserem Planeten.

81 Eine gerechte Finanzierung des Landes muss auch die Einnahmen in den Blick
82 nehmen. Es ist beispielsweise nicht nachvollziehbar, weshalb das Abstellen eines
83 privaten Autos im öffentlichen Raum an vielen Orten in Berlin kostenlos ist oder
84 nur sehr wenig kostet. Hier braucht es eine Erhöhung der Parkgebühren und eine
85 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen. Bei letzterem sind die Bezirke
86 durch eine Anschubfinanzierung zu unterstützen. Die Grunderwerbssteuer sollte in

87 Berlin auf das Brandenburger Niveau von 6,5% (+0,5%) angehoben werden.
88 Darüberhinaus sollte sich Berlin gegenüber dem Bund für das Schließen von
89 Steuerschlupflöchern wie ShareDeals einsetzen. Steuerflucht und Steuervermeidung
90 müssen die Berliner Finanzämter konsequent verfolgen und ahnden.

91 Berliner Unternehmen: Vorbildfunktion gerecht werden!

92 Zur Umsetzung der verschiedenen Aufgaben des Landes sind die landeseigenen
93 Unternehmen unverzichtbar. Für die landeseigenen Unternehmen hat die Politik
94 eine besondere Verantwortung. Deshalb müssen hier gute Arbeitsbedingungen und
95 gute Bezahlung gesichert werden. In landeseigenen Unternehmen sollte künftig ein
96 Maximallohn vom zehnfachen des niedrigsten Lohns (inklusive eventueller Boni)
97 gelten. So werden die Unternehmen auch in Lohnfragen ihrer Vorbildfunktion
98 gerecht.

99 Gute Arbeitsbedingungen müssen auch bei Aufgaben eingehalten werden, die das
100 Land Berlin an externe Unternehmen auslagert. Grundsätzlich sollte das Ziel aber
101 eine möglichst weitgehende (Re)kommunalisierung von externalisierten Aufgaben
102 wie beispielsweise der (Schul)reinigung oder Cateringangeboten sein. Public-
103 Private Partner-Ships lehnen wir grundsätzlich ab, davon ausgenommen sind jedoch
104 Kooperationen mit gemeinnützigen Unternehmen oder Genossenschaften.

Begründung

Dieser Antrag ergänzt und präzisiert unsere Beschlusslage mit Blick auf die Verhandlungen des Berliner Landeswahlprogramms 2026 in den Bereichen Finanzen, Verwaltung, Digitales und Bezirke.